

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Beatrix von Storch, Marc Bernhard, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Gerrit Huy, Dr. Malte Kaufmann, Stefan Keuter, Jörn König, Barbara Lenk, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jürgen Pohl, Stephan Protschka, Bernd Schattner, Eugen Schmidt, René Springer, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 20/3100, 20/3102, 20/3504, 20/3526, 20/3527, 20/3528 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023
(Haushaltsgesetz 2023)**

hier: Einzelplan 04

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Haushaltstitel „Baumaßnahme Mahnmahl für die Opfer kommunistischer Gewalt-herrschaft in Deutschland“ werden 25 Millionen Euro zur Planung und Errichtung des Bauwerks zur Verfügung gestellt.

Berlin, den 18. November 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Der bereits in der 18. Legislaturperiode und am 2. Oktober 2015 gefasste Beschluss des Bundestages (Drs. 18/6188) sah vor, „eine in dieser Legislaturperiode anstehende Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten“.

Ein weiterer Beschluss des Bundestages aus der 19. Legislaturperiode (Drs. 19/15778) besagt, dass die Bundesrepublik Deutschland „ein Denkmal für die Opfer von kommunistischer Gewaltherrschaft“ errichte und dass für den Bundeshaushalt 2020 „bis zu 250.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie“ bereitgestellt worden seien.

Die Konzeption für die Errichtung eines „Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland“ wurde der Bundesregierung am 15. Dezember 2020 übergeben.

Trotz der oben genannten Beschlüsse und vorliegenden Konzeption sind auch in diesem Haushalt wiederholt keine Mittel für das Mahnmal vorgesehen. Die Antragsteller haben den Eindruck, dass der Bau bewusst in die Länge gezogen wird.

Daher beantragt die AfD-Bundestagsfraktion 25.000 T€ für die Planung und Errichtung des Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft.